

Stützung der imperialistischen Politik zu treiben, so wie das seit Jahrzehnten in den Vereinigten Staaten geschieht. Hier sind feinere Methoden der „Heranführung“ an die amerikanische Kriegsposition notwendig. Einige Beispiele für diese Methoden:

Die Werktätigen Westdeutschlands sind gegen die Remilitarisierung. Die amerikanischen und deutschen Imperialisten brauchen die schleunige Remilitarisierung und verlangen von ihren Agenten in der Arbeiterbewegung die Beseitigung der Widerstände. Im vergangenen Jahr waren die rechten SPD- und DGB-Führer unter dem Druck der Massen gezwungen, die Frage grundsätzlich zu stellen und gegen jede Remilitarisierung (Wiederbewaffnung, Rekrutierung, Aufhebung des § 4 der Verfassung der Bundesrepublik) aufzutreten. Heute, ein Jahr später, hat sich zwar an der Ablehnung der Remilitarisierung durch die Massen nichts geändert — aber die rechten SPD-Führer treten in ihren Reden so auf, als sei die Wiederbewaffnung selbst eine unbestrittene Tatsache, als handle es sich vielmehr vor allem um die Kosten, über deren Verteilung zu reden sei. So versuchen sie, in den Massen den Eindruck zu erwecken, als sei längst entschieden, was keineswegs entschieden ist. Widersprechen die Massen nicht, so wird — nach der Berechnung der rechten SPD-Führung — die Auffassung Allgemeingut, die Remilitarisierung sei eine unbestrittene Tatsache. Damit wären die Werktätigen ein weiteres Stück an die amerikanische Kriegspolitik „herangeführt“.

Oder: Die westdeutschen Arbeiter bekämpfen aufs schärfste das Betriebsverfassungsgesetz, dieses System von Maßnahmen zur Knebelung der Arbeiter im Betrieb. Im Jahre 1952 haben, wie jeder weiß, in ganz Westdeutschland mächtige Demonstrationen gegen dieses Gesetz stattgefunden. Auch die DGB-Führung mußte damals unter dem Druck der Massen zugeben, daß das Betriebsverfassungsgesetz ein Antigewerkschaftsgesetz ist, ein mächtiger Schritt zurück. Und 1953? Der Vorsitzende des DGB, Freitag, erklärte: „Der Bundestag hat mit der Verabschiedung des Betriebsverfassungsgesetzes einen zögernden Schritt in Richtung auf die Demokratisierung der Wirtschaft getan.“ Wozu diese Lüge? Die DGB-Führung sagt den Arbeitern bewußt die Unwahrheit und wartet ab, ob die Gewerkschaftsmitglieder sie hinnehmen. Protestieren sie nicht, so wird sich — nach der Berechnung der DGB-Führung — das Gift dieser Verfälschung verbreiten, die Auffassung, es handle sich tatsächlich um einen „Schritt“ in Richtung auf die „Demokratisierung“, wird sich durchsetzen. Dann wären